



Deutsch-Ungarische
Industrie- und Handelskammer
Német-Magyar
Ipari és Kereskedelmi Kamara



Konjunkturbericht

Ungarn 2012



Deutsch-Ungarische
Industrie- und Handelskammer
Német-Magyar
Ipari és Kereskedelmi Kamara

Konjunkturbericht 2012

Wirtschaftliche Lage, Erwartungen und
Standortqualität in Ungarn

Ergebnisse der 18. Konjunkturmfrage
der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Han-
delskammer

**Budapest
April 2012**

Wir bedanken uns bei den teilnehmenden Unternehmen für ihre Mitwirkung und für die wertvollen Informationen, die diese Studie erst ermöglicht haben. Unser Dank gilt auch den Handelskammern anderer EU-Länder in Ungarn, die unter ihren Mitgliedsunternehmen das Interesse an einer Beteiligung geweckt haben.

Impressum

© Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer
Budapest, 2012

Autor, Projektleitung: Dirk Wölfer
Projektteam: Zsófia Sencz, Tamás Kelemen, Maximilian Brunn

Manuskript abgeschlossen: 10. April 2012

Die Inhalte dürfen unter Angabe der Quelle „Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer (DUIHK)“ kostenlos genutzt werden, ein Belegexemplar wird erbeten. Die Informationen wurden mit größter Sorgfalt zusammengestellt. Die DUIHK übernimmt jedoch keinerlei Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Die DUIHK schließt jegliche Haftung für Schäden aus, die sich aus der Nutzung der mitgeteilten Informationen ergeben.

Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer
H-1024 Budapest, Lövház utca 30.
Telefon: +36 1 345 7600
Fax: +36 1 315 0744
E-Mail: info@ahkungarn.hu

www.duihk.hu

v 2012. 04. 11. 9:45

Inhalt

Vorbemerkung: Mehr Sachlichkeit!	5
Die Ergebnisse im Überblick	6
Wirtschaftliche Lage und Erwartungen	9
1. Volkswirtschaft	9
2. Lage und Erwartungen der Unternehmen	10
Standortbedingungen	11
1. Arbeitsmarkt	12
2. Staatliche Rahmenbedingungen	14
3. Steuern	18
4. Geschäftsumfeld	20
Investitions- und Beschäftigungspläne	21
1. Zufriedenheit mit der Investitionsentscheidung	21
2. Voraussetzungen für Investitionen und Beschäftigung	22
3. Standort-Alternativen: Wie attraktiv ist Ungarn?	24
Erwartungen an die Wirtschaftspolitik	25
1. Euro-Einführung	25
2. Zufriedenheit mit der Regierung	25
3. Die dringendsten Aufgaben	26
Anhang A: Detaillierte Umfrageergebnisse	27
Anhang B: Direktinvestitionen in Ungarn	33
1. Ausländische Direktinvestitionen in Ungarn	33
2. Deutsche Direktinvestitionen in Ungarn	33
Anhang C: Methodische Hinweise	34
1. Befragungsform und -zeitraum	34
2. Teilnehmer	34
3. Statistische Begriffe und Verfahren	35
4. Legenden zu den Abbildungen	36
5. Länderabkürzungen	36

Vorbemerkung: Mehr Sachlichkeit!

Seit 1995 führt die DUIHK jährlich eine Konjunkturumfrage durch. Der darauf basierende Konjunkturbericht zeichnet ein sachliches Bild der ungarischen Wirtschaft und des Investitionsklimas aus der Sicht der deutschen Investoren im Land.

Seit den Parlamentswahlen im Frühjahr 2010 steht Ungarns Wirtschaft und Wirtschaftspolitik allerdings unter besonders intensiver Beobachtung – auch im Ausland. Je nach Informationsstand, ordnungspolitischen Grundüberzeugungen, Interessenlage oder Branche sind die Ergebnisse dieser Beobachtung höchst unterschiedlich, oft widersprüchlich. Dies macht es nicht nur für Wirtschaftsforscher, sondern auch und vor allem für Unternehmen schwer, ein objektives Urteil zu treffen und fundierte unternehmerische Entscheidungen zu treffen.

Mit der diesjährigen Umfrage wollen wir deshalb nicht nur darstellen, welche Voraussetzungen erforderlich sind, um Investitionen und damit Beschäftigung und Wachstum in Ungarn zu fördern, sondern auch zur Versachlichung der Diskussion und des Ungarn-Bildes beitragen.

Auch in diesem Jahr haben wir deshalb untersucht:

1. Wie schätzen die Unternehmen die wirtschaftliche Lage des Landes und des eigenen Unternehmens ein und welche Erwartungen haben sie für das kommende Jahr?
2. Wie bewerten sie das Investitionsklima in Ungarn, also die wirtschaftspolitischen und allgemeinen Rahmenbedingungen für unternehmerisches Engagement?

Und vor allem:

3. Wie beeinflusst dies ihre Investitionsbereitschaft und was bedeutet das für die Wirtschaftspolitik?

Die vorliegende Auswertung basiert vor allem auf unserer aktuellen Umfrage, doch selbstverständlich sind in die Bewertung der Ergebnisse auch unzählige Gespräche mit Mitgliedsunternehmen, die Analysen anderer Organisationen und auch die Schlussfolgerungen aus unserer Blitzumfrage vom November 2011 eingegangen.

Rund ein Viertel der Teilnehmer waren auch in diesem Jahr Unternehmen aus anderen europäischen Ländern, vor allem aus Österreich, aber auch aus Großbritannien, Italien und weiteren Ländern. Deren Aussagen deckten sich weitgehend mit denen der deutschen Unternehmen, daher kann die Umfrage als repräsentativ für die ausländischen Unternehmen insgesamt angesehen werden.

Die Ergebnisse im Überblick

Gesamturteil ist zurückhaltender als im Vorjahr

- » Die Stimmung unter den deutschen und anderen ausländischen Investoren in Ungarn ist Anfang 2012 deutlich weniger optimistisch als vor einem Jahr. Dies gilt sowohl in Bezug auf die wirtschaftliche Lage als auch in Bezug auf das allgemeine Investitionsklima im Lande.
- » Die Gründe dafür liegen zum einen in der Abschwächung der weltwirtschaftlichen Konjunktur, die die exportorientierte ungarische Wirtschaft massiv trifft.
- » Zum anderen wurden die hohen Erwartungen der Unternehmen in Bezug auf eine neue, investitionsfreundliche Wirtschaftspolitik bisher nur unzureichend erfüllt. Die Enttäuschung darüber widerspiegelt sich in der Beurteilung des Investitionsklimas, die deutlich kritischer ist als im Vorjahr.

Bekenntnis zum Standort Ungarn, wenn auch mit Schwächen

- » Die Mehrheit der deutschen und ausländischen Investoren bekennt sich nach wie vor zum Standort Ungarn. Auch heute würden 71% von ihnen wieder Ungarn als Investitionsziel wählen. Dieser Wert ist jedoch merklich geringer als in früheren Jahren.
- » Andere Länder der Region werden deutlich attraktiver bewertet als Ungarn, die relative Stellung Ungarn im Vergleich zu anderen Ländern der Region hat sich gegenüber 2011 erheblich verschlechtert. Die befragten Manager sehen Polen als den besten Standort in der Region an, gefolgt von Tschechien und der Slowakei. Ungarn rangiert nur noch auf Platz 10 – das bedeutet eine markante Verschlechterung gegenüber dem 4. Platz des Vorjahres.

Wirtschaftliche Lage ist schwieriger geworden

- » Zwei Drittel der Unternehmen beurteilen die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Landes als schlecht, für 2012 erwartet mehr als die Hälfte der Firmen eine erneute Verschlechterung.
- » Auch die eigene Geschäftslage und die diesbezüglichen Erwartungen für 2012 werden merklich schlechter eingeschätzt als in der letzten Umfrage: 27% erwarten im laufenden Jahr eine Verbesserung, aber 24% eine Verschlechterung. Dies widerspiegelt sich auch in den Erwartungen in Bezug auf den Umsatz und den Gewinn.

Gedämpfte Investitions- und Beschäftigungsabsichten

- » Die Investitionspläne für das laufende Jahr sind deutlich zurückhaltender als im Vorjahr: Fast jedes dritte Unternehmen plant, seine Investitionen zu kürzen, nur ein Viertel will mehr investieren als 2011. Firmen mit einem hohen Exportanteil planen häufiger eine Ausweitung der Investitionen als Firmen mit einem geringen Exportanteil, daher ist im verarbeitenden Gewerbe der Saldo der Investitionsabsichten leicht positiv.
- » Die gedämpften Investitionsabsichten schlagen sich auch in den Beschäftigungsabsichten nieder: Unter den befragten Firmen will zwar jede vierte ihr Personal aufstocken, 20% rechnen jedoch mit weniger Beschäftigten. Der Saldo ist immerhin noch leicht positiv.
- » Die Umfrage belegt, dass die Investitionsneigung vor allem von zwei Faktoren beeinflusst wird: von der eigenen Geschäftslage bzw. der Gewinnsituation, und von der Zufriedenheit mit den allgemeinen Standortbedingungen. Firmen, die gute Geschäfte machen, investieren tendenziell mehr, ebenso wie Firmen, die mit dem Investitionsklima zufrieden sind.

Geringere Zufriedenheit mit Standortbedingungen

- » Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zufriedenheit mit den allgemeinen Investitionsbedingungen zurückgegangen. Nach Einschätzung der DUIHK war die Stimmungsaufhellung in der Umfrage 2011 zu einem beträchtlichen Teil auf eine positive Erwartungshaltung zurückzuführen. Nach einem Jahr sind diese Erwartungen jedoch nicht im erhofften Maße erfüllt worden, die Firmen äußern sich daher 2012 deutlich kritischer als noch vor einem Jahr.
- » Das größte Problem für die Firmen stellen die fehlende Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik und das schwindende Vertrauen in die Rechtssicherheit dar. Zwei Drittel der Befragten sind „sehr unzufrieden“ mit der Berechenbarkeit, weitere 23% unzufrieden – zufrieden ist praktisch niemand. Enttäuschend sind auch die Meinungen zur Rechtssicherheit, zur Transparenz bei Vergabeverfahren und zur Bekämpfung von Korruption.
- » In fast allen Fragen zu den Standortbedingungen weisen die Antworten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen nur geringe Unterschiede auf.

Steuerpolitik überzeugt noch nicht

- » Zumindest aus Sicht der befragten Unternehmen sind die Ergebnisse der Steuerpolitik der ersten zwei Regierungsjahre insgesamt noch nicht befriedigend.
- » Fast zwei Drittel der Firmen sind unzufrieden mit der Höhe der Steuerbelastung, die Hälfte davon sogar sehr – dies ist eine deutliche Verschlechterung gegenüber der letzten Umfrage. Auch hinsichtlich des Steuersystems und der Arbeit der Steuerbehörden hat sich die Einschätzung gegenüber dem Vorjahr deutlich verschlechtert.

Geschäftsumfeld

- » Nach unseren Umfrageergebnissen sind die ausländischen Unternehmen mit der Qualität und der Verfügbarkeit von Zulieferern im Lande recht zufrieden, die Umfrageergebnisse 2012 bestätigen damit die Beurteilung früherer Umfragen.
- » Nicht verbessert hat sich die Zahlungsmoral, insbesondere in der Bauwirtschaft ist die Unzufriedenheit diesbezüglich sehr groß.

Erwartungen an die Wirtschaftspolitik

- » Angesichts der Dauerkrise an den Finanzmärkten kann die Zustimmung zum Euro mit knapp zwei Dritteln der Firmen durchaus als noch relativ hoch eingeschätzt werden – auch wenn dies der geringste Wert seit dem EU-Beitritt Ungarns ist.
- » Die Arbeit der Regierung wird insgesamt deutlich schwächer beurteilt als im Vorjahr, gut die Hälfte sieht die Arbeit der Regierung eher skeptisch.
- » Unter den dringendsten Handlungsfeldern für die Regierung wurden am häufigsten die Schaffung von Stabilität und Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik sowie Rechtssicherheit genannt. Als sehr wichtig wird aber auch die Wiederherstellung eines positiven Bildes von Ungarn im Ausland bzw. unter ausländischen Investoren angesehen.

Wirtschaftliche Lage und Erwartungen

1. Volkswirtschaft

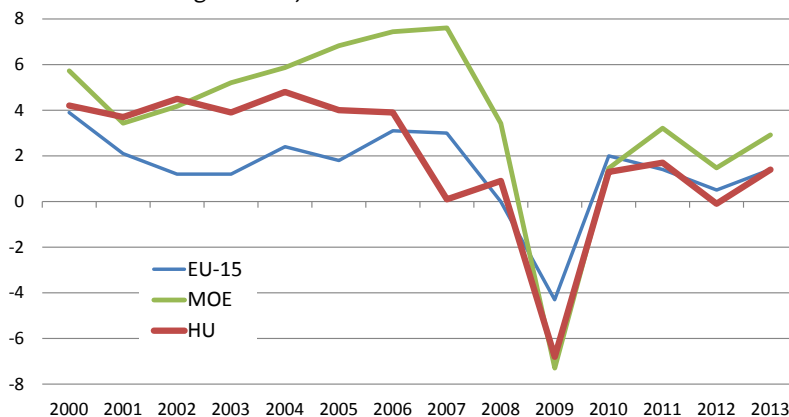
Die Lage der ungarischen Wirtschaft wird von den befragten Unternehmen deutlich schlechter eingeschätzt als vor einem Jahr, für 2012 erwartet mehr als jedes zweite Unternehmen eine Verschlechterung.

Ungarns Wirtschaft wuchs 2011 um 1,7%. Dieses Ergebnis ist noch weit entfernt von den durchschnittlichen 4%, die noch bis Mitte des letzten Jahrzehnts erreicht wurden, aber immerhin besser als die Leistung der letzten vier Jahre. Getragen wurde das Wachstum 2011 vor allem von der guten Exportleistung.

Allerdings blieb das Wirtschaftswachstum auch so deutlich unter dem Durchschnitt der Region, insbesondere im Vergleich zu den baltischen Staaten, Polen oder der Slowakei.

Abb. 1: Bruttoinlandsprodukt

Reale Veränderung zum Vorjahr in %



MOE = Durchschnitt für BG, CZ, EE, LV, LT, PL, RO, SI, SK, CG, HR, MK
Quelle: Eurostat. 2012-2013: Prognosen

Diese Entwicklungen widerspiegeln auch unsere Umfragewerte. Die Lage der ungarischen Wirtschaft bewerten aktuell zwei Drittel der Befragten als schlecht, praktisch keiner als gut. Für das laufende Jahr hat sich die Erwartungshaltung gegenüber 2011 umgekehrt: Derzeit rechnet jedes zweite Unternehmen mit einer Verschlechterung, nur jedes zehnte mit einer Verbesserung. Vor einem Jahr war es genau andersherum.

Hinweis:

Die Umfrageergebnisse in diesem Abschnitt basieren auf den Fragen 1.1 – 1.12.

Abbildungen: Die Nummer der betreffenden Frage ist in Klammern angeführt, z.B. (→F 1.1).

Legende und Erläuterungen siehe im Anhang C.

Abb. 2: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner
(in Euro, jeweilige Preise)

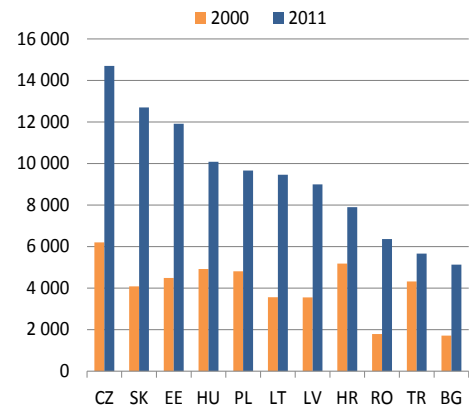


Abb. 3: Wirtschaftslage Ungarn (→F 1.1)

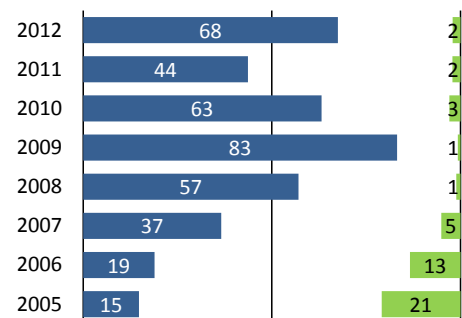
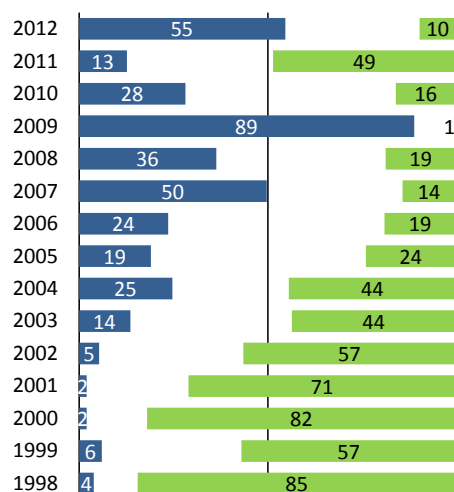


Abb. 4: Erwartungen für Ungarn (→F 1.2)

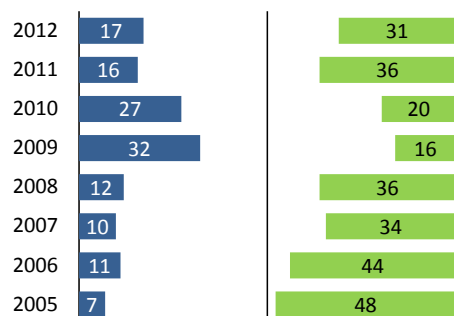


Damit teilen sie die Meinung der Mehrzahl der Wirtschaftsforscher. Die Europäische Kommission prognostizierte im Februar eine Stagnation des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Ungarn im laufenden Jahr, ebenso wie die Ungarische Nationalbank in ihrem Inflationsbericht vom März 2012. Der Internationale Währungsfonds rechnete im Januar mit einem Wachstum von lediglich 0,3%.

2. Lage und Erwartungen der Unternehmen

Die eigene Geschäftslage wird aktuell ähnlich eingeschätzt wie Anfang 2011, doch die Erwartungen für das laufende Jahr sind deutlich zurückhaltender als in der letzten Umfrage.

Abb. 5: Eigene Geschäftslage (→F 1.4)



Die allgemeine Wirtschaftslage prägt spürbar auch die Beurteilung des eigenen Unternehmens: Für 2012 erwartet nur knapp jedes vierte Unternehmen eine Verbesserung, mit 27% etwas mehr jedoch eine Verschlechterung.

Die Einschätzung der zukünftigen Geschäftslage wird maßgeblich von den Umsatzerwartungen geprägt, dementsprechend ist die Stimmungslage in den einzelnen Branchen recht unterschiedlich. Im verarbeitenden Gewerbe ist man überdurchschnittlich zuversichtlich, vor allem dank der Hoffnung auf steigende Exportumsätze: Jedes zweite Unternehmen rechnet dort mit steigenden Ausfuhren, nur jedes zehnte mit einem Rückgang der Exportnachfrage. Die auf den Binnenmarkt orientierten Firmen sind hingegen deutlich pessimistischer, insbesondere in der Bauwirtschaft.

Abb. 5/a: Eigene Geschäftslage 2012

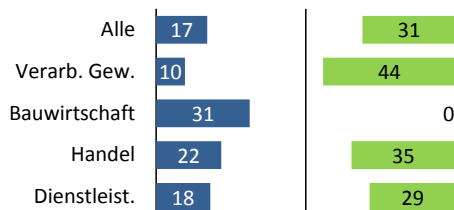
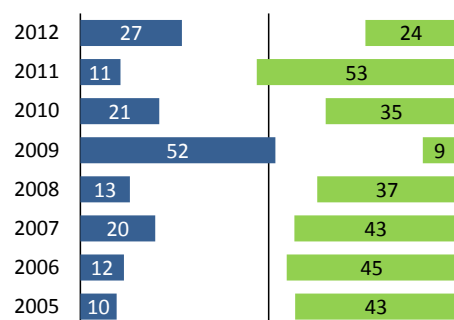


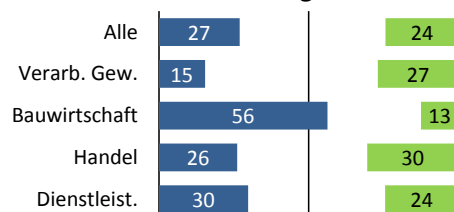
Abb. 6: Geschäftserwartungen (→F 1.5)



Großes Vertrauen in eigene Wettbewerbsfähigkeit

Wie schon in früheren Jahren bestätigt sich auch 2012, dass die befragten Unternehmen sich relativ zur Gesamtwirtschaft und auch zur eigenen Branche selbst wettbewerbsfähiger einschätzen. Während in Bezug auf die Aussichten für 2012 das Verhältnis der Antworten „besser“ und „schlechter“ für die Wirtschaft insgesamt bei 55:10 liegt, und für die eigenen Branche bei 43:9, so beträgt es bei den Erwartungen für die eigenen Geschäftslage 27:24. Besonders groß ist dieses „relative Selbstbewusstsein“ im verarbeitenden Gewerbe, ähnliches gilt aber auch für die anderen Zweige – selbst für die Bauwirtschaft.

Abb. 6/a Geschäftserwartungen 2012



Standortbedingungen

Nach den Erfahrungen der DUIHK lassen sich die wichtigsten Standortfaktoren in drei Hauptgruppen unterteilen:

- » Arbeitskräfte und Arbeitsmarktbedingungen
- » Geschäftsumfeld und Geschäftspartner
- » Staatliches Umfeld

Nachdem in der Umfrage 2011 bei nahezu allen untersuchten Standortfaktoren eine deutliche Verbesserung der Bewertung zu verzeichnen war, war 2012 tendenziell eine deutliche Abnahme der Zufriedenheit zu verzeichnen.

Am „Grundmuster“ der Standortbedingungen hat dies allerdings nichts geändert: Nach wie vor „im grünen Bereich“ sind Faktoren, die die ungarischen Arbeitskräfte kennzeichnen, auch das Geschäftsumfeld wird als akzeptabel eingeschätzt. Die primär durch den Staat beeinflussten Faktoren hingegen werden deutlich kritischer gesehen als vor einem Jahr.

Nach Einschätzung der DUIHK widerspiegelt sich darin eine gewisse Enttäuschung darüber, dass die hoch gesteckten Erwartungen an die neue Regierung bisher nicht hinreichend erfüllt wurden.

Hinweis:

Die Umfrageergebnisse in diesem Abschnitt basieren auf den Fragen 2.1 – 2.22.

Abbildungen: Die Abbildungen stellen die Zufriedenheit mit dem jeweiligen Bereich dar, die Nummer der betreffenden Frage ist in Klammern angeführt, z.B. (→F 2.17).

Legende und Erläuterungen siehe im Anhang C.

Abb. 7: Zufriedenheit mit Standortbedingungen nach Hauptgruppen (→F 2)
1 = sehr zufrieden ... 5 = unzufrieden

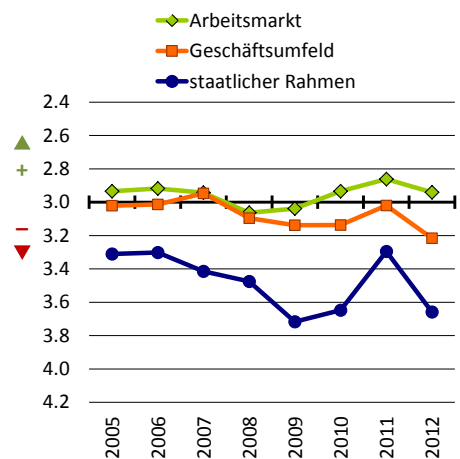
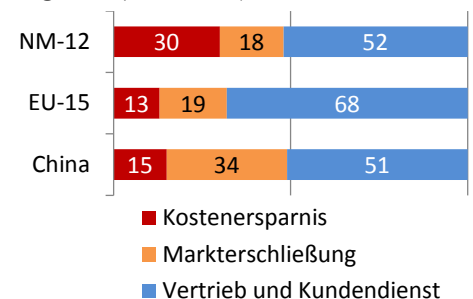


Abb. 8: Motive deutscher Industrieunternehmen für Investitionen in ausgewählten Regionen (Anteile in %)



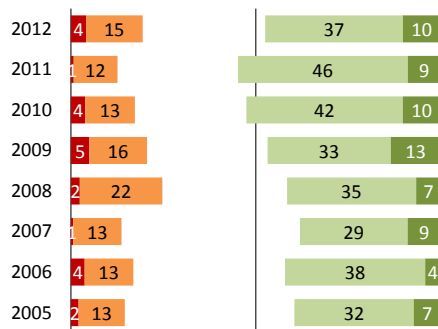
NM-12 = EU-Beitrittsländer 2004/2007
Quelle: DIHK Going International 2012

Warum investieren deutsche Firmen im Ausland?

Die Motivation für Auslandsinvestitionen hängen in starkem Maße vom Wirtschaftszweig ab. Im exportorientierten verarbeitenden Gewerbe spielen optimale Kostenstrukturen eine größere Rolle als in Dienstleistungssektoren, wo oft die Erschließung und Bedienung der lokalen Märkte im Vordergrund steht. Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) ist für 30% der deutschen Industrieunternehmen, die in Osteuropa investieren, Kostenersparnis das Hauptmotiv – deutlich mehr als bei Investitionen in China, wo die Erschließung des lokalen Marktes bedeutend wichtiger ist.

1. Arbeitsmarkt

Abb. 9: Leistungsbereitschaft (→ F2.16)



Seine Arbeitskräfte sind Ungarns wichtigste Ressource. Deshalb ist es besonders erfreulich, dass die Mehrheit der deutschen und ausländischen Unternehmen Qualifikation, Produktivität und die Leistungsbereitschaft der ungarischen Arbeitnehmer positiv beurteilt – schließlich sind dies nach Einschätzung der Unternehmen entscheidende Faktoren für die Standortqualität und für Investitionsentscheidungen.

Qualifikation, Produktivität und die Leistungsbereitschaft werden ähnlich gut wie in den Vorjahren bewertet, in allen drei Fragen gab etwa die Hälfte der Firmen an, zufrieden zu sein, gerade einmal jedes sechste Unternehmen äußerte sich unzufrieden.

Um jedoch auch zukünftig Mitarbeiter mit hoher Qualifikation in ausreichender Zahl einstellen zu können, kommt dem Bildungssystem eine entscheidende Rolle zu.

Mit Absolventen der Hochschuleinrichtungen sind die Unternehmen recht zufrieden, in diesem Jahr sogar noch spürbar mehr als in den Vorjahren. Bei der beruflichen Bildung besteht jedoch noch Handlungsbedarf: 44% der Befragten äußerten sich unzufrieden, nur 18% zufrieden.

Abb. 10: Produktivität (→ F 2.17)

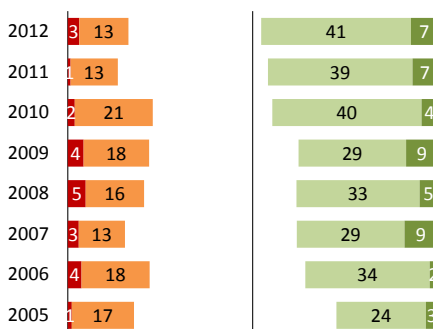
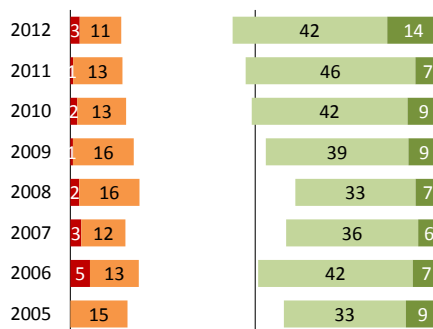


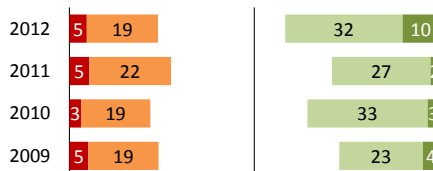
Abb. 11: Qualifikation (→ F 2.18)



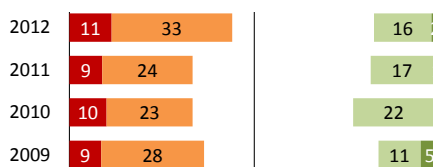
Negativ ist aus Sicht der Unternehmen, dass durch das neue Gesetz über die Berufsbildungsabgabe seit 2012 die Kosten für betriebliche Weiterbildung und für direkte Investitionszuwendungen an Bildungseinrichtungen nicht mehr mit der Steuer verrechnet werden können. Dies bedeutet eine schwere Hypothek für die Sicherung der Qualifikation der Mitarbeiter und damit der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Abb. 12: Bildungssystem (→ F 2.19/20)

Akademische Bildung



Berufsbildung



Duale Berufsausbildung: Reform muss praxistauglich sein

Die Regierungspartei hat die Bedeutung der Berufsbildung frühzeitig erkannt und schon vor den Wahlen Konsultationen zur Reform des Systems begonnen, auch mit der DUIHK. Ende 2011 wurde ein neues Berufsbildungsgesetz verabschiedet, dass sich konzeptionell an dem in Deutschland erfolgreich praktizierten „dualen Modell“ orientiert. Das neue System soll erstmals mit dem Lehrjahr 2012/2013 zur Anwendung kommen und sieht eine deutliche Ausweitung der praktischen Ausbildung, die stärkere Einbeziehung der Betriebe in die Ausbildung, eine Überarbeitung der Ausbildungsordnungen und eine Verkürzung der Standard-Ausbildungszeit auf drei Jahre vor.

Diese Grundsätze werden von den Unternehmen begrüßt. Allerdings kann derzeit noch nicht eingeschätzt werden, wie effektiv die neuen Regelungen in Bezug auf die Ausbildungsinhalte, aber auch auf die Zusammenarbeit zwischen Betrieben, Berufsschulen und der IHK-Organisation sein werden.

Verfügbarkeit von Fachkräften: Mehr Engpässe

In diesem Jahr konstatieren die Firmen wieder größere Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu rekrutieren als vor einem Jahr.

Damit war allerdings zu rechnen. In unserem Bericht 2011 haben wir bereits darauf hingewiesen, dass die damals verzeichnete Entspannung noch der krisenbedingt höheren Arbeitslosigkeit zuzurechnen sei, mit einem Anziehen der Exportkonjunktur würde auch das Angebot an Fachkräften wieder knapper werden. Diese Annahme ist auch eingetroffen, zudem haben deutsche Großinvestitionen im Automobilbau zusätzlichen Bedarf an Fachkräften in bestimmten Berufen geschaffen.

Damit der Fachkräftemangel langfristig nicht Wachstumschancen vermindert, sind deshalb das Berufsbildungssystem und die akademische Ausbildung an den Bedürfnissen der Unternehmen zu orientieren. Wichtige Grundlagen dafür wurden mit dem neuen Berufsbildungsgesetz bereits gelegt, jedoch ist eine stärkere, institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule unerlässlich.

Arbeitskosten werden etwas kritischer beurteilt

Hinsichtlich der Arbeitskosten ist das Urteil der Unternehmen relativ ausgewogen, gegenüber dem Vorjahr hat sich die Einschätzung nur minimal verschlechtert. Die Einschätzung unterscheidet sich dabei in den einzelnen Branchen nur wenig.

Zwei wichtige Gründe für die etwas angespanntere Lage sind die für 2012 gesetzlich verankerte „Erwartete Lohnsteigerung“ für Geringverdiener und die deutliche Anhebung der gesetzlichen Mindestlöhne.

Die „Erwartete Lohnsteigerung“ schreibt vor, dass 2012 Löhne und Gehälter unter ca. 217.000 Forint um einen vorgeschriebenen Betrag angehoben werden müssen, anderenfalls verliert das Unternehmen für zwei Jahre den Anspruch auf Subventionsmittel. (Ein ursprünglich verhängter Ausschluss von öffentlichen Beschaffungen wurde nachträglich wieder aufgehoben.) Darüber hinaus hob die Regierung die Mindestlöhne für 2012 um fast 20% an.

Die beiden Maßnahmen belasten zahlreiche Unternehmen nicht nur finanziell, sondern verursachen teilweise auch Spannungen in innerbetrieblichen Lohnsystemen und -strukturen.

Abb. 13: Verfügbarkeit von Fachkräften (→F 2.22)

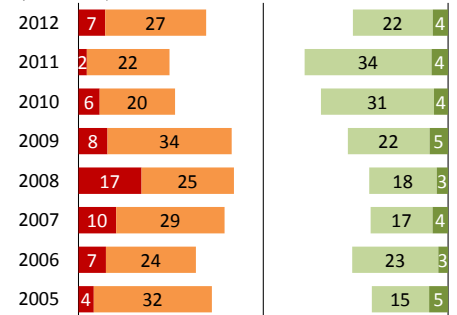


Abb. 13/a: Verfügbarkeit von Fachkräften

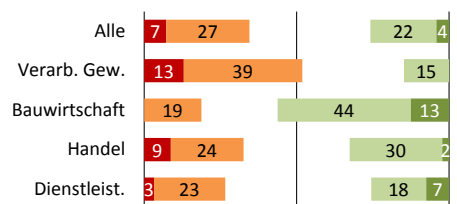


Abb. 14: Arbeitskosten (→F 2.15)

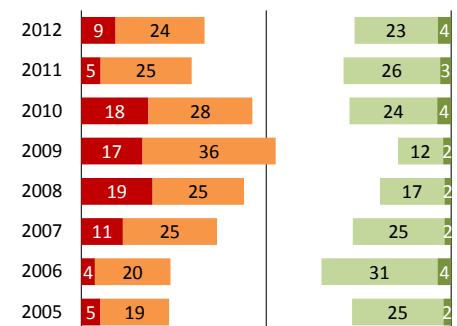
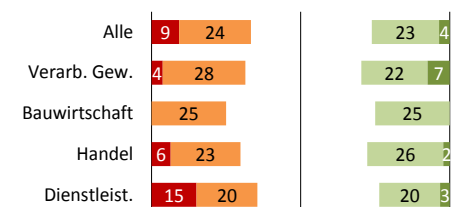
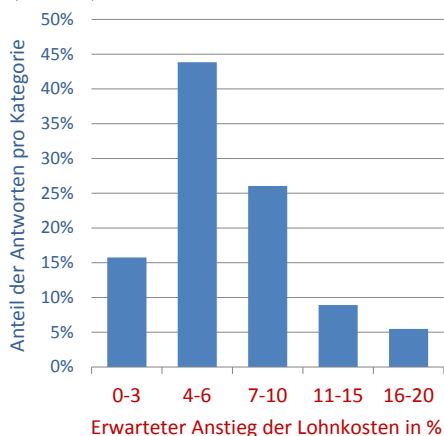


Abb. 14/a: Arbeitskosten 2012



**Abb. 15: Anstieg der Arbeitskosten
(→F 1.15)**



**Tab. 1: Lohnnebenkosten je 100 Forint
Direktentgelt
(in Forint, Privatwirtschaft)**

2006	41.5
2007	42.0
2008	41.9
2009	39.2
2010	35.6

Quelle: KSH

Für die Wirtschaft insgesamt verzeichnete das Statistikamt KSH für 2011 einen Anstieg der Bruttolöhne um 5,2%, was Dank der Reform der Einkommenssteuer bei den Netto-Löhnen stiegen einen Zuwachs um 6,4% ermöglichte.

Für 2012 liegt der Median des erwarteten Anstiegs der Arbeitskosten laut unserer Umfrage bei 5% (d.h. genau die Hälfte der Firmen erwartet 5% oder weniger, die andere Hälfte 5% oder mehr). Das arithmetische Mittel lag bei 7%. (→ siehe Abb. 15)

Lohnnebenkosten

Ungarns Lohnnebenkosten sind relativ hoch: Laut Statistikamt KSH kamen in der Privatwirtschaft auf ein Direktentgelt von 100 Forint im Jahre 2010 durchschnittliche Lohnnebenkosten von 36 Forint. Damit liegt Ungarn jedoch im Mittelfeld der EU, und auf einem vergleichbaren Niveau wie z.B. Tschechien oder die Slowakei. Allerdings hat sich der ungarische Wert in den letzten Jahren deutlich verringert: 2006 lag er noch bei fast 42%.

2. Staatliche Rahmenbedingungen

Fehlende Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik, abnehmende Rechtssicherheit, Bürokratie, mangelnde Transparenz bei der öffentlichen Vergabe und Korruption sind die am häufigsten kritisierten Standortfaktoren.

Nach einer hoffnungsvollen Stimmungsaufhellung Anfang 2011 hat sich die Einschätzung der allgemeinen Rahmenbedingungen im Verlaufe des vergangenen Jahres wieder spürbar verschlechtert. Auffallend ist, dass die Einschätzung in allen Wirtschaftszweigen ähnlich kritisch ist – also z.B. auch im verarbeitenden Gewerbe, wo aufgrund der besseren wirtschaftlichen Lage mit mehr positiven Antworten zu rechnen war.

Diese Entwicklung ist deshalb besorgniserregend, weil gerade Qualitäten wie Rechtssicherheit und Berechenbarkeit Grundvoraussetzung für jede Investitionsentscheidung sind.

Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik: Große Defizite

Die mit Abstand größte Unzufriedenheit besteht hinsichtlich der Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik.

Zwei Drittel der Befragten sind damit sehr unzufrieden, weitere 23% unzufrieden – zufrieden ist praktisch niemand. Diese Einschätzung wird fast unterschiedslos von allen Branchen geteilt.

Für die Unternehmen bedeutet diese mangelnde Berechenbarkeit in der Praxis eine verringerte Planungssicherheit. Dies schadet nicht nur der Planung des laufenden Geschäfts, sondern auch der Realisierung von Investitionen, was deshalb ebenfalls die Schaffung neuer Arbeitsplätze gefährden kann.

Ein Beispiel für die fehlende Planungssicherheit ist die Einführung der „Erwarteten Lohnsteigerung“, deren wirtschaftliche Aspekte weiter oben bereits erläutert wurden. Zieht man in Betracht, dass die Unternehmen bereits im Herbst des Vorjahres die Budgets für das Folgejahr aufstellen müssen, so wird deutlich, dass die Gesetzgebung (siehe nachstehende Info-Box) den Unternehmen eine seriöse Planung nahezu unmöglich macht.

Erwartete Lohnsteigerung – Große Verwirrung

11.07.2011

» Das Parlament verabschiedet das Gesetz über die Erwartete Lohnsteigerung (ErwLstG), das zum 1.1.2012 in Kraft treten soll. Details werden nicht geregelt. (→Gesetz Nr. 2011/XCIX)

21.11.2011

» Das Parlament ändert das ErwLstG, u.a. sollen §§ 1 und 4 nun gar nicht erst in Kraft treten, § 6 wird geändert.
 » Zugleich wird beschlossen, dass unter bestimmten Bedingungen die Mehrkosten der Lohnsteigerung von der Sozialsteuer abgesetzt werden können. (→Gesetz Nr. 2011/CLVI)

22.11.2011

» Die Regierung regelt per Verordnung Höhe und Durchführungsdetails der Lohnsteigerung. (→Reg.VO 299/2011)

26.01.2012

» Die Regierung beschließt, dass für Lohnsteigerungen bis 5% auf Antrag staatliche Zuwendungen gezahlt werden können.

26.03.2012

» Das Parlament verabschiedet eine Änderung des ErwLstG, einige der Sanktionen bei Nichterfüllung der Lohnsteigerung werden gelockert. (→Gesetz Nr. 2012/XXI)

06.04.2012

» Die Regierung ändert die Verordnung Nr. 299/2011 vom November und regelt Details der am 26.01.2012 beschlossenen Zuschüsse. (→Reg.VO 69/2012)

Abb. 16: Berechenbarkeit (→F2.9)

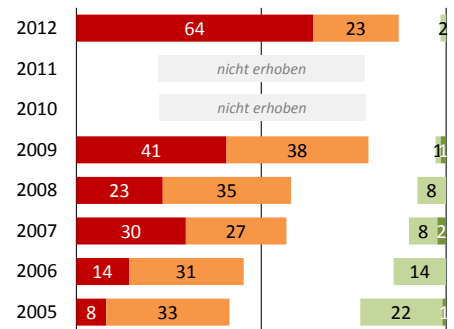


Abb. 16/a: Berechenbarkeit 2012

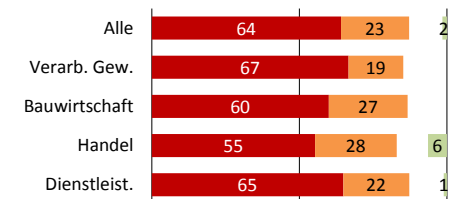
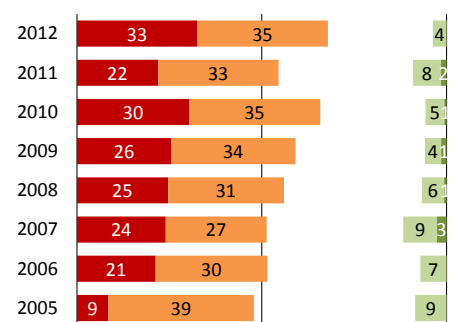


Abb. 17: Transparenz (→F 2.8)



Rechtssicherheit: Spürbarer Vertrauensverlust

Abb. 18: Rechtssicherheit (→F 2.7)

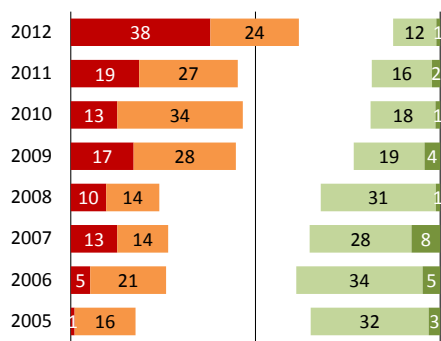
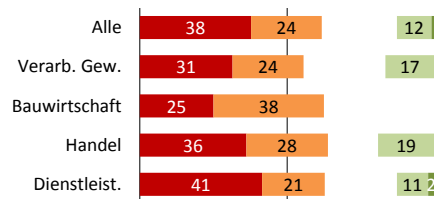


Abb. 18/a: Rechtssicherheit 2012



Enttäuschend sind leider auch die Meinungen zur Rechtssicherheit, zur Transparenz bei Vergabeverfahren und zur Bekämpfung von Korruption und Kriminalität. In allen drei Bereichen sind zwei von drei Unternehmen mit der derzeitigen Situation unzufrieden, die Meinungen in den verschiedenen Branchen unterscheiden sich in diesen Fragen kaum.

Das Vertrauen in die Rechtssicherheit wurde im vergangenen Jahr vor allem durch die Flut von Gesetzesänderungen bzw. neuen Gesetzen beschädigt, die innerhalb kürzester Zeit wichtige Rahmenbedingungen für die Unternehmen veränderten. (Siehe Info-Box) Sehr oft waren Übergangsfristen viel zu kurz, um das Unternehmen organisatorisch oder gar strategisch auf die neue Gesetzeslage vorzubereiten. In anderen Fällen griff der Gesetzgeber direkt in zivilrechtliche Vertragsverhältnisse ein (z.B. bei Banken im Falle der Devisenkredite).

Auch wenn viele Maßnahmen nur einen Teil der Unternehmerschaft direkt betrafen, so verursachte dennoch die Tatsache des Eingriffs an sich eine große Verunsicherung bei allen Unternehmen.

Gesetzgebung: Hochbetrieb im Parlament

- » Zwischen Mai 2010 und Januar 2012* wurden vom ungarischen Parlament 365 Gesetze verabschiedet, d.h. durchschnittlich alle 1,6 Tage ein Gesetz. Allein im Dezember 2011 waren es 44 Gesetze. Zum Vergleich: In der gesamten Legislaturperiode 2006-2010 wurden 587 Gesetze verabschiedet. Der Deutsche Bundestag hat seit Oktober 2009 insgesamt 257 Gesetze verabschiedet.
- » Von den verabschiedeten Gesetzen wurden nur 217 von der Regierung eingebracht (60%), 148 von Abgeordneten der Regierungsparteien oder von Parlamentsausschüssen.
- » 109 der verabschiedeten Gesetze wurden im parlamentarischen Eilverfahren behandelt, d.h. fast jedes dritte Gesetz. Bei Regierungsvorlagen war es sogar fast jedes zweite.
- » Die durchschnittliche Dauer von der Einreichung bis zur Veröffentlichung im Amtsblatt (d.h. inkl. Beratung in Ausschüssen und drei Lesungen im Plenum sowie der Unterzeichnung durch den Staatspräsidenten) betrug 37 Kalendertage. 41 Gesetze wurden in 2 Wochen oder weniger durchgebracht, eines sogar in weniger als zwei Tagen.

* Stand 23.01.2012

Korruption: Unternehmen vermissen tatsächliche Fortschritte

Hinsichtlich der Wahrnehmung der Korruption im Land war Anfang 2011 noch eine deutliche Verbesserung zu verzeichnen, nachdem die neue Regierung mit hoher Intensität die Aufklärung früherer Korruptionsfälle aufgenommen hatte. Die Ergebnisse nach einem Jahr sind allerdings aus Sicht der Unternehmen enttäuschend. Mehr als zwei Drittel der Firmen sind daher unzufrieden, über 44% sogar sehr.

Die Gründe sind vielfältig. So haben Korruptionsfälle der Vergangenheit bisher selten zu strafrechtlichen Konsequenzen geführt, noch immer gibt es kein neues Gesetz zur Parteienfinanzierung und die Firmen sehen sich auch mit neuen Korruptionserscheinungen konfrontiert.

Korruptionswahrnehmungsindex

Die in unserer Umfrage zum Ausdruck kommende Enttäuschung wird auch von Transparency International (TI) bestätigt. Der „Korruptionswahrnehmungsindex“ (CPI) der Organisation verschlechterte sich für Ungarn 2011 erneut, das Land rangiert nunmehr hinter Ländern wie Estland, Slowenien, Polen oder gar Ruanda. Es ist nur ein schwacher Trost, dass andere Länder der Region wie Tschechien, die Slowakei, Rumänien oder Bulgarien noch schlechter abschneiden.

Fördermittel: Positive Veränderungen sind noch nicht bei den Firmen angekommen

Hinsichtlich staatlicher Fördermittel – in erster Linie in Bezug auf Mittel aus EU-Strukturfonds – wurden durch die neue Regierung umfangreiche institutionelle Veränderungen vorgenommen, um die Effektivität bei der Evaluierung, der Verwendung der Mittel und der Kontrolle der Projekte zu verbessern. Leider war dieser Umbau damit verbunden, dass es etwa bis zum Herbst 2011 kaum neue Ausschreibungen gab. Seitdem sind vor allem im Bereich der Wirtschaftsförderungsprogramme (z.B. GOP, ROP) wieder funktionierende Strukturen vorhanden, die Ausschreibung neuer Programme ist wieder angefallen.

Diese positiven Veränderungen waren allerdings Anfang 2012 für die Unternehmen noch nicht greifbar, auch die erhoffte Vereinfachung und Verkürzung der Verfahren ist noch nicht spürbar, dementsprechend hat sich die Einschätzung gegenüber dem Vorjahr etwas verschlechtert.

Abb. 19: Korruption (→F 2.10)

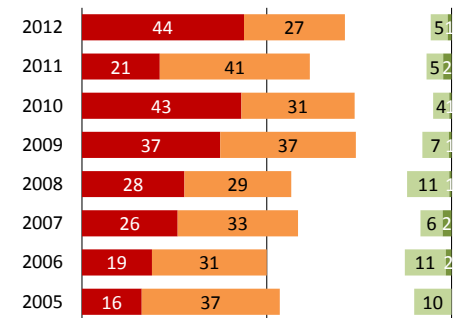
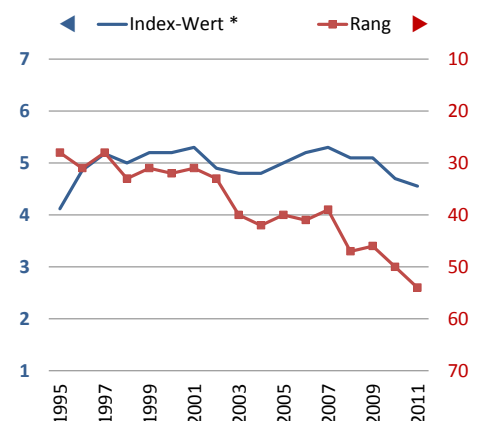


Abb. 20: Korruptionswahrnehmungsindex für Ungarn

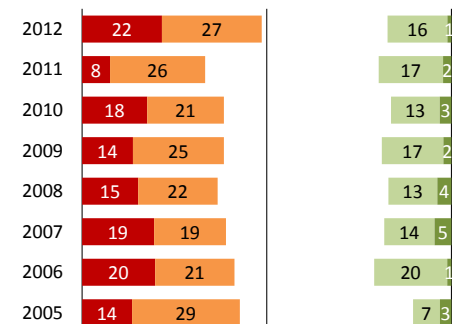


* 10 (nicht korrupt) ... 1 (sehr korrupt)

Rang: Platzierung Ungarns im betreffenden Jahr

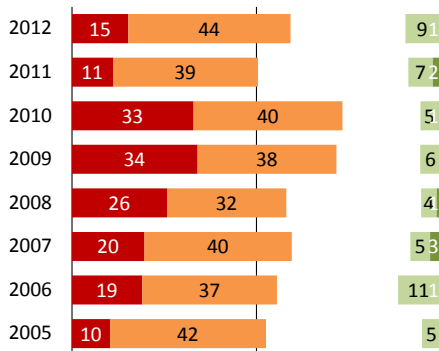
Quelle: Transparency International

Abb. 21: Fördermittel (→F 2.5)



Verwaltung: Gute Ansätze, noch wenig Ergebnisse

Abb. 22: Bürokratie (→ F 2.2)



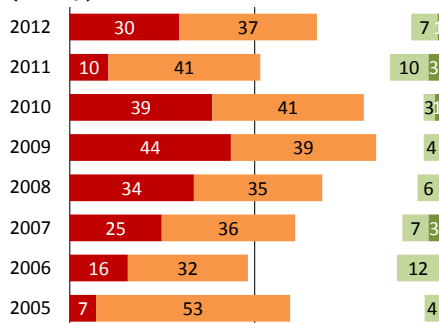
In Bezug auf Verwaltung und Bürokratie hatte sich die Einschätzung der Unternehmen in der Umfrage 2011 spürbar verbessert – auch wenn von allgemeiner Zufriedenheit noch längst keine Rede sein konnte. In diesem Jahr sind die Unternehmen wieder etwas kritischer, denn obwohl die Regierung gesetzgeberische Maßnahmen zum Abbau von bürokratischen Hürden eingeleitet hat (siehe Info-Box „Schlanker Staat“), ist die tägliche Verwaltungspraxis längst noch nicht immer unternehmensfreundlich.

Programm „Schlanker Staat“

Die Regierung hat im April 2011 ein Programm zur Entlastung der Firmen von unnötigen bürokratischen Lasten gestartet. In einem ersten Programm wurden Maßnahmen festgelegt, die den Verwaltungsaufwand der Unternehmen um 100 Milliarden Forint reduzieren sollen (→ *Regierungsverordnung 1133/2011*), im November 2011 wurde unter dem Titel „Schlanker Staat“ ein zweites Maßnahmenpaket mit einem Einsparpotential von 400 Milliarden Forint beschlossen. (→ *Regierungsverordnung 1405/2011*). Zur Überwachung der Fortschritte bei der Umsetzung wurde im Wirtschaftsministerium ein gemeinsamer „Monitoring-Ausschuss“ aus Vertretern verschiedener Ministerien, der Verwaltungsorgane und von Unternehmen eingesetzt.

3. Steuern

Abb. 23: Steuersystem/-behörden (→ F 2.3)



Das Steuersystem ist in allen Industrieländern ein Kernelement der Wirtschaftspolitik. Für die optimale Balance zwischen der Sicherung der erforderlichen Finanzierung staatlicher Aufgaben auf der einen Seite und wachstumsfördernder Anreize für Angebot und Nachfrage auf der anderen gibt es keine allgemeingültigen Konzepte.

Das Regierungsprogramm von Ministerpräsident Orbán blieb zum Thema Steuern recht allgemein, grundsätzlich setzt man jedoch vor allem auf das neoliberale Konzept von Steuersenkungen, um damit die Wirtschaft anzukurbeln (→ *siehe Info-Box*). Zumindest aus Sicht der Unternehmen sind jedoch die Ergebnisse der Steuerpolitik der ersten zwei Regierungsjahre insgesamt noch nicht befriedigend.

Fast zwei Drittel der Firmen sind unzufrieden mit der Höhe der Steuerbelastung, die Hälfte davon sogar sehr. Die Zahl der „Zufriedenen“ hatte im vergangenen Jahr noch einen „Höchststand“ von 23% erreicht – in diesem Jahr waren es nur noch halb so viele. Allerdings ist die Einschätzung auch so noch besser als in den Jahren 2007-2010.

Hinsichtlich der Steuerzufriedenheit zeigt sich ein weitgehend einheitliches Bild über alle Branchen, lediglich das Verhältnis von „sehr unzufriedenen“ und „unzufriedenen“ schwankt deutlich. Eine gewisse Ausnahme stellt der Handelssektor dar, allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die Mehrzahl der Teilnehmer aus diesem Zweig im Außenhandel aktiv ist (vor allem als Importgesellschaften ausländischer Hersteller), und nicht im Einzelhandel.

Die schon 2010 vorgenommene Senkung der Körperschaftssteuer für Gewinne unter 500 Mio. Forint war ein positiver Schritt, doch mehrere andere Maßnahmen haben für viele Firmen zu deutlichen Mehrbelastungen geführt.

Tab. 2: Steuermaßnahmen 2010-2012

Entlastung	Mehrbelastungen
Für Unternehmen » Geringere Körperschaftssteuer für KMU » Abschaffung von 10 Bagatellsteuern » Geringere Kfz.-Registrationssteuer	Für Unternehmen » Neue sektorale Sondersteuern » Höhere Sozialsteuer » Höhere „vereinfachte Selbständigen-Steuer“ („eva“) » Verringerte Abzugsmöglichkeiten bei Berufsbildungsabgabe » Höhere Umwelt-Produktabgabe » Höhere Rehabilitationsabgabe » Höhere bzw. neue Glücksspielsteuer/Online-Glücksspielsteuer » Höhere Firmenwagensteuer » Höhere Energiesteuer » Neue Katastrophenschutzabgabe
Für Bürger » Geringere Einkommenssteuer und Familienermäßigung	Für Bürger » Höhere Mehrwertsteuer » Höhere Monopolsteuern » Neue Unfallsteuer » Neue Volksgesundheitssteuer

Dass die Steuerbelastung der Unternehmen zugenommen hat, lässt sich auch aus der Einnahmeseite des Staatshaushaltes herauslesen. Während die Bevölkerung 2011 um fast 400 Milliarden Forint weniger Einkommenssteuern entrichten musste, sind die Steuern und Abgaben von Unternehmen um insgesamt 84 Mrd. Forint (+7,5%) angestiegen, mit den für 2012 beschlossenen Maßnahmen sollen sie noch einmal um 190 Mrd. Forint (+16%) ansteigen. Und das bei einer den Prognosen zufolge möglicherweise stagnierenden Wirtschaft.

Abb. 24: Steuerbelastung (→F 2.4)

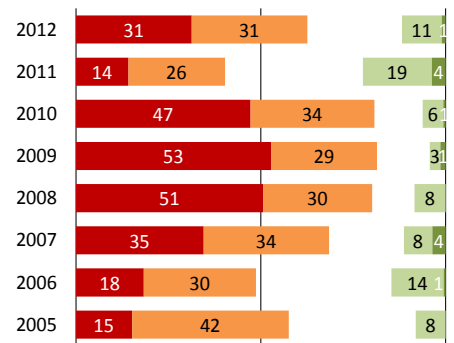
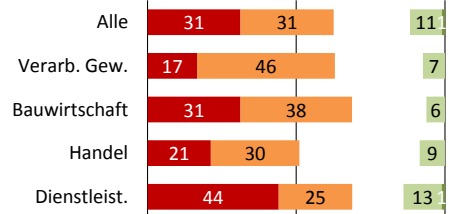


Abb. 24/a: Steuerbelastung 2012



Tab. 3: Entwicklung der Steuereinnahmen
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2010	2011	2012*
Unternehmen	10.6	7.5	15.8
Bevölkerung	-7.9	-21.4	14.7
Verbrauchssteuern	4.2	-2.1	16.5
Insgesamt	1.7	-1.6	13.5

* Haushaltsplan

Aussagen des Regierungsprogramms 2010 zur Steuerpolitik

Programm der Nationalen Zusammenarbeit

Die neue Regierung wird solche Änderungen im Steuersystem initiieren, die es so einfach wie möglich machen, die Steuerlast der Arbeitnehmer und Unternehmen zu reduzieren, damit es sich wieder lohnt, Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeit anzunehmen. [...] Die Zahl der Steuern muss verringert, die Form der Steuererklärungen vereinfacht, die Anwendung vereinfachter Steuerformen ausgeweitet werden.

Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband (VOSZ)

1. Wettbewerbsfähige Steuern!

Die Steuerbelastung der Unternehmen soll innerhalb von vier, die der Bevölkerung innerhalb von sechs Jahren unter den Durchschnitt der Region sinken.

4. Geschäftsumfeld

Lokale Zulieferer: Überwiegend positive Meinungen

Abb. 25: Lokale Zulieferer (→F 2.13)

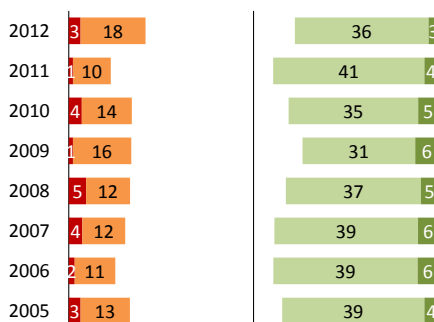
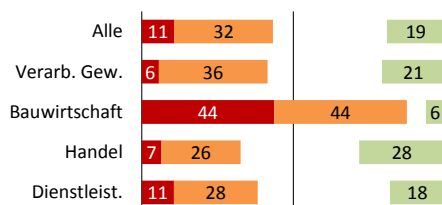


Abb. 26/a: Zahlungsdisziplin (→F 2.14)



Wichtiges Thema unter den deutschen Firmen, aber auch für die ungarische Wirtschaftspolitik ist die bessere Verzahnung ausländischer Produktionsunternehmen mit inländischen Zulieferern. Für die Produzenten ist es dabei zweitrangig, ob die Lieferanten ungarische oder ausländische Eigentümer haben. Wichtig sind vor allem die Zuverlässigkeit und die Qualität – wenn diese stimmen, können lokale Zulieferer logistische, aber auch Kostenvorteile bieten.

Nach unseren Umfrageergebnissen sind die ausländischen Unternehmen mit der Qualität und der Verfügbarkeit von Zulieferern im Land recht zufrieden, daran hat sich seit Jahren wenig geändert, auch 2012 nicht.

Leider hat sich allerdings auch im Punkt der Zahlungsmoral nichts geändert. Sie wird nach wie vor als mangelhaft beurteilt, vor allem in der Bauwirtschaft – neun von zehn Baufirmen sind unzufrieden –, aber selbst im verarbeitenden Gewerbe sind es noch 40%.

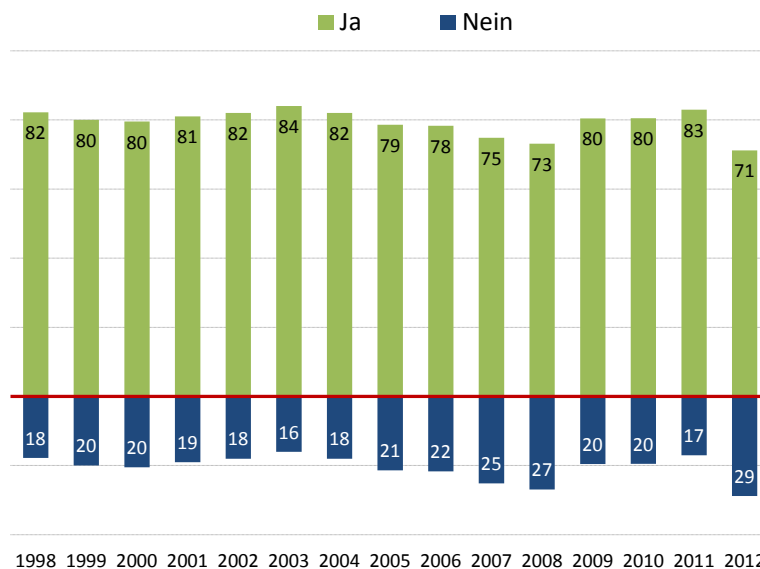
Investitions- und Beschäftigungspläne

1. Zufriedenheit mit der Investitionsentscheidung

Seit nunmehr 15 Jahren ist eine Frage von besonderem Interesse. Die Antworten auf die Frage „Würden Sie auch heute wieder Ungarn als Investitionsstandort wählen?“ können als Quintessenz aller Fakten, Stimmungen und Standortalternativen gewertet werden.

2012 wurde bei dieser Frage allerdings der schlechteste Wert aller bisherigen Umfragen ermittelt: 29% aller Teilnehmer würden sich aktuell für ein anderes Land entscheiden.

Abb. 27: „Würden Sie heute wieder Ungarn als Investitionsstandort wählen?“ (→F 6)



Die Aussage „*Ich würde heute ein anderes Land wählen*“ bedeutet natürlich nicht, dass diese Firmen planen, sich kurzfristig aus Ungarn zurückzuziehen. Und natürlich ist der Anteil derjenigen, die nach wie vor zu Ungarn stehen, mit 71% immer noch ein guter Wert. Dennoch ist der deutliche Rückgang dieses Wertes ein klares Signal, dass für die Attraktivität des Standortes Ungarn noch mehr getan werden muss.

Die Aussagen in dieser Frage unterscheiden sich in den einzelnen Branchen. Im auf den lokalen Markt orientierten Handel bzw. Außenhandel ist die stehen deutlich mehr Firmen zum Standort Ungarn als z.B. im exportorientierten verarbeitenden Gewerbe.

Abb. 27/a: „Würden Sie heute wieder Ungarn als Investitionsstandort wählen?“

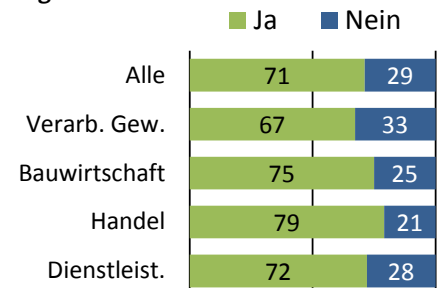
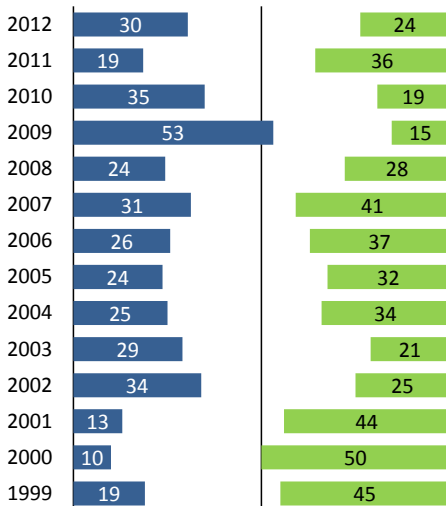


Abb. 28: Investitionspläne (→F 1.12)



2. Voraussetzungen für Investitionen und Beschäftigung

Unsere Analysen belegen, dass die Investitionsbereitschaft der Unternehmen maßgeblich von zwei Bereichen geprägt werden: der eigenen geschäftlichen Situation und den allgemeinen Standortbedingungen.

Aufgrund der gedämpften wirtschaftlichen Aussichten auf der einen, und der Eintrübung des allgemeinen Investitionsklimas auf der anderen Seite weisen die Investitionspläne der Unternehmen für das laufende Jahr eine spürbare Verschiebung in negative Richtung auf: Fast jede dritte Firma beabsichtigt, ihre Investitionen zu kürzen, während nur ein Viertel mehr investieren will als im Vorjahr.

Abb. 28/a: Investitionspläne nach Wirtschaftszweig 2012

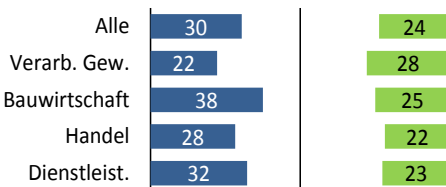
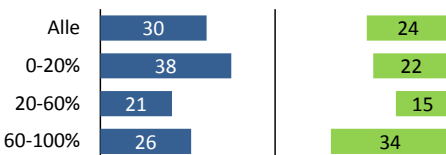


Abb. 28/b: Investitionspläne nach Exportanteil 2012

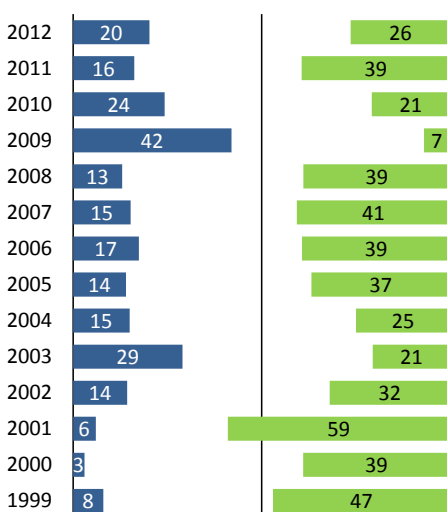


Exportindustrie überdurchschnittlich investitionsfreudig

Unter den untersuchten Wirtschaftszweigen planen vor allem exportorientierte Firmen des verarbeitenden Gewerbes eine Aufstockung ihrer Investitionsausgaben, in allen anderen Branchen war der Saldo der Antworten „mehr Investitionen“ und „weniger Investitionen“ negativ. Dies ist auf den höheren Anteil des Exportes im verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen: Firmen mit einem hohen Exportanteil planen häufiger eine Ausweitung der Investitionen als Firmen mit einem sehr geringen Exportanteil.

Erfreulich ist, dass sich die Zurückhaltung bei den Investitionen zwar tendenziell in den Beschäftigungsabsichten widerspiegelt, aber nicht ganz proportional:

Abb. 29: Beschäftigungsabsichten (→F 1.10)



Trotz der schwächeren Konjunkturaussichten wollen 2012 unter den befragten deutschen und anderen ausländischen Firmen jede vierte ihr Personal aufstocken, 20% rechnen mit weniger Beschäftigten. Der Saldo ist also noch leicht positiv.

Nur wer Geld verdient, kann mehr investieren

Was auf den ersten Blick banal erscheint, ist es auf den zweiten nicht:

Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen wird in allererster Linie von den eigenen Umsatzerwartungen und den Gewinnaussichten bestimmt.

Mit anderen Worten: Nur wenn die Marktnachfrage nach den eigenen Gütern und Leistungen und die eigenen finanziellen Möglichkeiten (der Gewinn) es zulassen, werden die Unternehmen investieren. Dies belegt auch die statistische Auswertung unserer Umfrage.

Wirtschaftsklima: Zufriedene Firmen investieren mehr

Neben der Geschäftslage werden die Investitionsabsichten von den tatsächlichen Standortbedingungen beeinflusst. Die im Kapitel „Standortbedingungen“ präsentierten Wertungen spiegeln sich in den Investitionsplänen der befragten Unternehmen deutlich wider.

Unternehmen, die z.B. mit dem Steuersystem, Fördermitteln und lokalen Zulieferern zufrieden sind, investieren laut Umfrage deutlich mehr als unzufriedene Unternehmen.

Leider ließ sich der Einfluss von Faktoren wie Rechtssicherheit oder Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik auf die Investitionsneigung aus der Umfrage nicht ermitteln – die Zahl der Antworten „zufrieden“ war einfach zu klein für eine statistische Auswertung. Aus vielen direkten Unternehmenskontakten wissen wir jedoch, dass das Vertrauen in die Rechtssicherheit und die Berechenbarkeit der Investitionsbedingungen oft entscheidende Kriterien sind, wenn es um die Vergabe einer neuen Investition in das eine oder andere Land geht. Hier muss Ungarn schnell Vertrauen zurückgewinnen, wenn es auch in Zukunft im weltweiten Wettbewerb um Investitionen bestehen will.

Investitionsklima: Volkswirtschaftliche Konsequenzen

In der Realität zeigt sich, dass sich wirtschaftspolitische Maßnahmen sehr direkt auf die Investitionstätigkeit auswirken. Sondersteuern zum Beispiel reduzieren nicht einfach nur Profite, sondern verhindern auch Investitionen. Nach Angaben des Statistikamtes KSH gingen die Investitionen 2011 gerade in jenen Wirtschaftszweigen besonders stark zurück, die seit 2010 mit einer Sondersteuer belegt werden. Die ersatzlose Streichung der Sektor-Steuern zum geplanten Termin Ende 2012 liegt damit im Interesse von mehr Investitionen und Beschäftigung in Ungarn.

Abb. 28/c: Investitionspläne nach Geschäfts-, Umsatz- und Gewinnerwartungen (→ F 1.12)

Geschäftserwartungen (→ F 1.5)		
besser	15	45
schlechter	43	12
Umsatzerwartung (→ F 1.7)		
höher	17	42
geringer	54	9
Gewinnerwartung (→ F 1.14)		
höher	13	39
geringer	44	10

Lesehilfe: Von den Firmen, die auf die Frage nach den Geschäftserwartungen mit „besser“ geantwortet haben, wollen in diesem Jahr 15% weniger, und 45% mehr investieren als im Vorjahr.

Abb. 28/d: Investitionspläne nach Zufriedenheit mit ausgewählten Standortbedingungen (→ F 1.12)

Steuersystem und -behörden (→ F 2.3)		
zufrieden	14	36
unzufrieden	33	22
Steuerbelastung (→ F 2.4)		
zufrieden	13	35
unzufrieden	33	20
Fördermittel (→ F 2.5)		
zufrieden	23	39
unzufrieden	36	22
lokale Zulieferer (→ F 2.13)		
zufrieden	19	28
unzufrieden	51	21

Tab. 4: Investitionen in Ungarn 2011
reale Veränderung zum Vorjahr in %

Verarbeitendes Gewerbe	+24.2
Energiewirtschaft	-8.1
Handel	-4.1
Information/Telekommunikation	-14.3
Finanzen	-18.4
Insgesamt	-4.5

Quelle: KSH

3. Standort-Alternativen: Wie attraktiv ist Ungarn?

Ungarn steht im weltweiten Wettbewerb um Investitionen. In manchen Sektoren konkurriert es dabei vor allem mit seinen Nachbarn und anderen vergleichbaren Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa, in anderen Bereichen auch mit asiatischen Schwellenländern, und immer häufiger auch mit Ländern in Westeuropa.

Für ausländische Investoren bieten sich heute also je nach Branche und Investitionsmotiv zahlreiche Alternativen. In der Umfrage wurden deshalb erneut insgesamt 20 Länder der Region Mittel- und Osteuropa hinsichtlich ihrer Attraktivität als Investitionsstandort verglichen. Das Ergebnis:

Die befragten Manager sehen Polen als den besten Standort in der Region an, gefolgt von Tschechien und der Slowakei. Ungarn rangiert nur noch auf Platz 10.

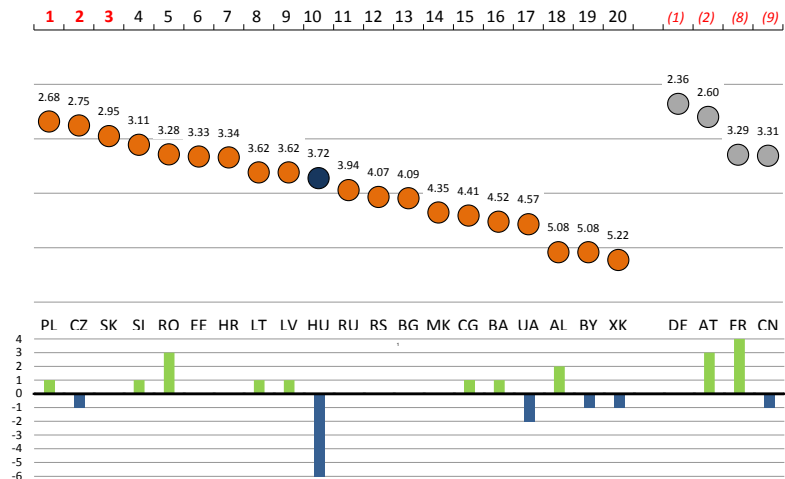
Dies ist eine deutliche Verschlechterung gegenüber dem 4. Platz des Vorjahres.

Abb. 30: „Wie attraktiv sind die Länder als Investitionsstandort?“ (→F 7)

Rang 2012. (Werte in Klammern: Hypothetischer Rang für die betreffenden vier Länder, wenn sie zur Region MOE gehören würden)

Durchschnittsnote auf einer Skala von 1 (sehr attraktiv) bis 6 (nicht attraktiv).

Veränderung des Ranges 2012 gegenüber 2011



Erwartungen an die Wirtschaftspolitik

1. Euro-Einführung

Seit dem EU-Beitritt befragen wir die Unternehmen danach, ob Ungarn den Euro einführen sollte. Das Ergebnis der diesjährigen Umfrage ist angesichts der Dauerkrise in der Eurozone nicht überraschend:

Die Zustimmung zum Euro fällt so gering wie noch nie aus: Weniger als zwei Drittel der Firmen wünschen die gemeinsame Währung, ein Drittel möchte den Forint behalten.

Am ehesten sehnt man sich noch in den außenhandelsorientierten Branchen – im verarbeitenden Gewerbe und im Handel – nach dem Euro, während die für den lokalen Markt arbeitenden Firmen im Dienstleistungsgewerbe deutlich stärker am Forint interessiert sind.

2. Zufriedenheit mit der Regierung

Wirtschaftliche Entscheidungen werden primär von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. Dennoch lässt sich in der Theorie wie in der Praxis nachweisen, dass auch gesellschaftliche, kulturelle und politische Faktoren einen gewissen Einfluss auf Investitionsentscheidungen haben. Deshalb fragen wir seit 2010 auch nach einer Gesamtbewertung der Regierungsarbeit.

Im Vergleich zum vergangenen Jahr hat die Zustimmung merklich abgenommen, gut die Hälfte sieht die Arbeit der Regierung eher skeptisch. Für die Unternehmer fällt besonders ins Gewicht, dass das Image des Landes im Ausland in der letzten Zeit deutliche Kratzer bekommen hat. Dies macht es für sie schwerer, in ihren Konzernzentralen für weitere Investitionen in Ungarn zu werben – selbst bei guten wirtschaftlichen Voraussetzungen.

Abb. 31: „Wünschen Sie die Einführung des Euro in Ungarn?“ (→ F 5)

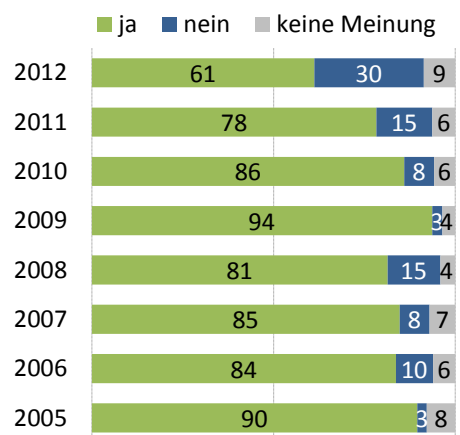


Abb. 31/a: Euro-Wunsch 2012

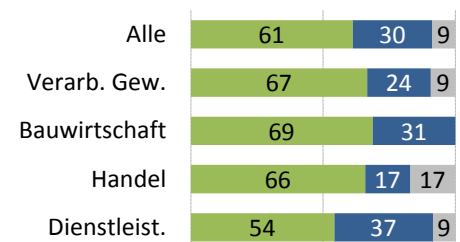
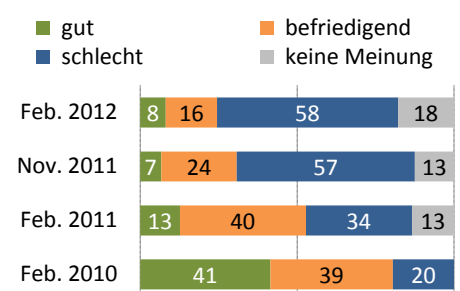
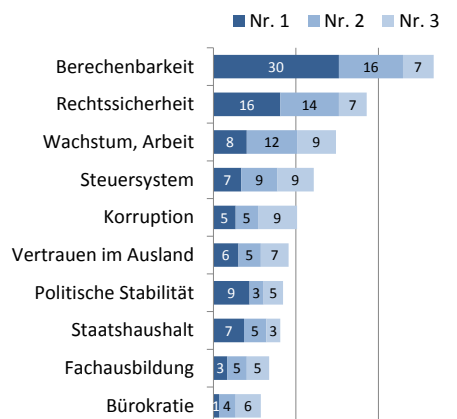


Abb. 32: „Wie bewerten Sie die Arbeit der gegenwärtigen Regierung?“ (→ F 4)



3. Die dringendsten Aufgaben

Abb. 33: „Welche sind die 3 dringendsten Aufgaben für die Regierung?“ (→ F 3) *



* Top-10 der genannten Themen. Anteil der Nennungen in % an der Zahl der Firmen, die die Frage beantwortet haben (N=148);

Die Bewertung der Standortfaktoren widerspiegelt sich sehr deutlich in den Antworten auf die Frage, wo der dringendste Handlungsbedarf für die Regierung besteht. Ganz oben auf der Wunschliste rangieren Berechenbarkeit und Rechtssicherheit, aber auch für mehr Wachstum und Arbeitsplätze sollte die Regierung nach Ansicht der Unternehmen noch mehr tun.

Sorgen machen sich die Unternehmen aber auch um das Image des Landes im Ausland: Jedes fünfte Unternehmen meint, dass Ungarn das Vertrauen der europäischen Partner und das Ansehen bei ausländischen Investoren dringend verbessern sollte – dies ist den Firmen sogar noch deutlich wichtiger als der Abbau der Bürokratie.

Anhang A:

Detaillierte Umfrageergebnisse

Hinweis:

Abweichungen der Summe von Prozent-Anteilen zu 100% aufgrund von Rundungsdifferenzen.
Weitere methodische Hinweise siehe im Anhang C.

1.1 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Wirtschaftslage in Ungarn?

	Gut	Befriedigend	Schlecht	Saldo
2005	21	64	15	6
2006	13	68	19	-6
2007	5	58	37	-32
2008	1	42	57	-56
2009	1	16	83	-83
2010	3	34	63	-60
2011	2	54	44	-42
2012	2	30	68	-65

1.2 Wie beurteilen Sie die Aussichten für die ungarische Wirtschaft 2012 im Vergleich zum Vorjahr?

	Besser	Unverändert	Schlechter	Saldo
2005	24	57	19	5
2006	19	57	24	-5
2007	14	36	50	-35
2008	19	45	36	-18
2009	1	10	89	-88
2010	16	56	28	-12
2011	49	39	13	36
2012	10	36	55	-45

1.3 Wie wird sich die Situation in Ihrer Branche 2012 im Vergleich zum Vorjahr entwickeln?

	Besser	Unverändert	Schlechter	Saldo
2005	26	53	21	5
2006	27	48	25	2
2007	23	46	30	-7
2008	22	51	27	-5
2009	1	24	75	-73
2010	21	55	23	-2
2011	46	40	14	32
2012	9	47	43	-34

1.4 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Geschäftslage Ihres Unternehmens?

	Gut	Befriedigend	Schlecht	Saldo
2005	48	45	7	41
2006	44	45	11	33
2007	34	56	10	25
2008	36	52	12	24
2009	16	52	32	-16
2010	20	53	27	-8
2011	36	48	16	21
2012	31	52	17	14

1.5 Wie wird sich die Geschäftslage Ihres Unternehmens 2012 im Vergleich zum Vorjahr entwickeln?

	Besser	Unverändert	Schlechter	Saldo
2005	43	47	10	33
2006	45	43	12	34
2007	43	37	20	23
2008	37	50	13	24
2009	9	39	52	-43
2010	35	44	21	14
2011	53	36	11	43
2012	24	49	27	-3

1.6 Wie haben sich Ihre Umsätze 2011 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt?

	Höher	Unverändert	Geringer	Saldo
2005	65	20	15	50
2006	61	16	23	37
2007	66	14	20	46
2008	70	14	15	55
2009	53	24	23	30
2010	20	18	62	-43
2011	55	13	31	24
2012	53	18	29	23

1.7 Wie werden sich Ihre Umsätze 2012 im Vergleich zum Vorjahr entwickeln?

	Wird steigen	Unverändert	Wird sinken	Saldo
2005	61	27	12	50
2006	69	23	9	60
2007	61	26	13	49
2008	62	25	13	49
2009	11	34	55	-43
2010	39	40	21	18
2011	58	32	10	49
2012	31	45	24	7

1.8 Wie hat sich Ihr Exportabsatz 2011 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt?

	Gestiegen	Unverändert	Gesunken	Saldo
2008	42	32	25	17
2009	33	52	15	19
2010	11	47	42	-31
2011	39	51	11	28
2012	42	48	10	32

1.9 Wie wird sich Ihr Exportabsatz 2012 im Vergleich zum Vorjahr entwickeln?

	Wird steigen	Unverändert	Wird sinken	Saldo
2008	39	58	3	36
2009	11	53	36	-25
2010	24	65	12	12
2011	40	53	7	34
2012	27	61	11	16

1.10 Wie wird sich die Zahl Ihrer Beschäftigten 2012 im Vergleich zum Vorjahr entwickeln?

	Wird steigen	Unverändert	Wird sinken	Saldo
2005	37	49	14	23
2006	39	43	17	22
2007	41	44	15	25
2008	39	48	13	26
2009	7	51	42	-35
2010	21	55	24	-3
2011	39	44	16	23
2012	26	53	20	6

1.11 Wie haben sich Ihre Investitionsausgaben 2011 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt?

	Gestiegen	Unverändert	Gesunken	Saldo
2005*	36	41	13	22
2006*	36	36	15	22
2007*	36	37	12	24
2008	38	45	18	20
2009	33	46	21	12
2010	18	37	44	-26
2011	26	45	29	-2
2012	29	43	28	1

* 2005-2007: Rest zu 100%: „keine Investitionen“

1.12 Wie werden sich Ihre Investitionsausgaben 2012 im Vergleich zum Vorjahr entwickeln?

	Werden steigen	Unverändert	Werden sinken*	Saldo
2005*	32	44	24	19
2006*	37	37	26	21
2007*	41	28	31	25
2008	28	48	24	3
2009	15	31	53	-38
2010	19	46	35	-16
2011	36	46	19	17
2012	24	46	30	-6

* 2005-2007: Rest zu 100%: „keine Investitionen“

1.13 Wie hat sich Ihr Gewinn vor Steuern 2011 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt?

	Gestiegen	Unverändert	Gesunken	Saldo
2005	49	21	31	18
2006	48	16	35	13
2007	47	26	27	20
2008	42	21	38	4
2009	40	31	29	11
2010	19	26	54	-35
2011	52	20	28	25
2012	45	19	36	9

1.14 Wie wird sich Ihr Gewinn vor Steuern 2012 im Vergleich zum Vorjahr entwickeln?

	Wird steigen	Unverändert	Wird sinken	Saldo
2005	50	33	17	32
2006	46	38	15	31
2007	45	32	23	22
2008	42	32	25	17
2009	10	36	55	-45
2010	37	42	21	16
2011	46	36	18	28
2012	24	45	31	-8

1.15 Um wie viel Prozent werden sich 2012 Ihre Lohnkosten voraussichtlich erhöhen?

Voraussichtliche Erhöhung ►	Alle Antworten	0-3%	4-6%	7-10%	11-15%	16-20%
Anteil an den Nennungen (%)	100	16	44	26	9	5
Median	5,0%					
Mittelwert	7,0%					

2. Zufriedenheit mit Standortfaktoren

	Note*		Verteilung der Antworten 2012				
	2012	2011	1	2	3	4	5
Staatliches Umfeld							
2.1 EU-Mitgliedschaft	2.23	2.42	29%	36%	23%	8%	4%
2.2 Öffentliche Verwaltung	3.64	3.50	1%	9%	31%	44%	15%
2.3 Steuersystem und -behörden	3.88	3.46	1%	7%	26%	37%	30%
2.4 Steuerbelastung	3.81	3.28	1%	11%	26%	31%	31%
2.5 Zugang zu öffentlichen Fördermitteln	3.52	3.19	1%	16%	34%	27%	22%
2.6 Infrastruktur (Verkehr, Kommunikation, Energie)	2.92	3.10	1%	38%	34%	23%	5%
2.7 Rechtssicherheit	3.86	3.43	1%	12%	26%	24%	38%
2.8 Transparenz bei öffentlichen Ausschreibungen	3.97	3.66	0%	4%	28%	35%	33%
2.9 Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik	4.50	::	0%	2%	11%	23%	64%
2.10 Bekämpfung von Korruption, Kriminalität	4.08	3.74	1%	5%	23%	27%	44%
2.11 Politische Stabilität	3.82	3.17	2%	11%	29%	21%	38%
Geschäftsumfeld							
2.12 Bedingungen für F+E	3.47	3.14	1%	9%	45%	32%	13%
2.13 Qualität und Verfügbarkeit lokaler Zulieferer**	2.82	2.64	3%	36%	40%	18%	3%
2.14 Zahlungsdisziplin	3.35	3.28	0%	19%	38%	32%	11%
Arbeitsmarkt-Umfeld							
2.15 Arbeitskosten	3.13	3.03	4%	23%	41%	24%	9%
2.16 Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer	2.66	2.50	10%	37%	33%	15%	4%
2.17 Produktivität der Arbeitnehmer	2.65	2.62	7%	41%	36%	13%	3%
2.18 Qualifikation der Arbeitnehmer	2.46	2.56	14%	42%	30%	11%	3%
2.19 Qualität der akademischen Ausbildung	2.77	3.02	10%	32%	34%	19%	5%
2.20 Qualität des Berufsbildungssystems	3.36	3.22	2%	16%	38%	33%	11%
2.21 Flexibilität arbeitsrechtlicher Regeln	3.39	3.12	1%	16%	37%	34%	12%
2.22 Verfügbarkeit von Fachkräften	3.12	2.84	4%	22%	40%	27%	7%

* 1 = sehr zufrieden ... 5 = unzufrieden ... Note: Durchschnittswert der gegebenen Antworten

** 2011: Durchschnittswert der Antworten auf „Qualität“ und „Verfügbarkeit“ (2011 in jeweils gesonderter Frage ermittelt)

3. Welches sind die drei dringendsten Aufgaben für die ungarische Regierung?*

	Insgesamt	darunter Priorität		
		1.	2.	3.
Stabile, berechenbare Wirtschaftspolitik, Planungssicherheit sicherstellen	53	30	16	7
Rechtssicherheit stärken	37	16	14	7
Wachstum, Investitionen, Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit fördern	30	8	12	9
Steuern und Abgaben senken, Steuersystem vereinfachen	24	7	9	9
Korruption, Schwarzarbeit zurückdrängen, Transparenz erhöhen	20	5	5	9
Image verbessern, Vertrauen zurückgewinnen, Kommunikation verbessern	18	6	5	7
Demokratie, politische Stabilität stärken	17	9	3	5
Haushalt konsolidieren	16	7	5	3
Berufsbildung, Bildungssystem verbessern	14	3	5	5
Bürokratieabbau, Verwaltung verbessern	11	1	4	6

* Anteil an den Teilnehmern, die die Frage beantwortet haben

4. Wie bewerten Sie die Arbeit der aktuellen Regierung?

	Gut	Befriedigend	Schlecht	Keine Meinung
2010 Februar	41	39	20	0
2011 Februar	13	40	34	13
2011 November*	7	24	57	13
2012 Februar	8	16	58	18

* Ergebnis einer Blitzumfrage im Herbst 2011 in einem vergleichbaren Teilnehmerkreis mit identischer Fragestellung

5. Wünschen Sie die Einführung des Euro in Ungarn?

	Ja	Nein	Keine Meinung
2005	90	3	8
2006	84	10	6
2007	85	8	7
2008	81	15	4
2009	94	3	4
2010	86	8	6
2011	78	15	6
2012	61	30	9

6. Würden Sie heute wieder Ungarn als Investitionsstandort wählen?

	Ja	Nein
2005	79	21
2006	78	22
2007	75	25
2008	73	27
2009	80	20
2010	81	19
2011	83	17
2012	71	29

7. Wie attraktiv sind die genannten Länder als Investitionsstandort?

	Durchschnitts-note*		Rang **					
	2012	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
Polen	2.68	1	2	1	4	5	6	6
Tschechien	2.75	2	1	2	1	2	1	2
Slowakei	2.95	3	3	5	2	3	3	1
Slowenien	3.11	4	5	3	3	4	2	4
Rumänien	3.28	5	8	7	6	1	5	10
Estland	3.33	6	6	8	8	6	9	5
Kroatien	3.34	7	7	6	5	7	7	9
Litauen	3.62	8	9	9	9	10	10	8
Lettland	3.62	9	10	10	10	8	8	7
Ungarn	3.72	10	4	4	7	9	4	3
Russland	3.94	11	11	11	11	12	11	12
Serbien	4.07	12	12	12	13	15	15	14
Bulgarien	4.09	13	13	13	12	11	12	11
Mazedonien	4.35	14	14	16	15	14	14	::
Montenegro	4.41	15	16	15	14	16	16	::
Bosnien-Herzegowina	4.52	16	17	14	17	17	17	::
Ukraine	4.57	17	15	17	16	13	13	13
Albanien	5.08	18	20	19	18	18	18	::
Weißrussland	5.08	19	18	18	::	::	::	::
Kosovo	5.22	20	19	::	::	::	::	::

	Durchschnitts- note*		Rang **					
	2012	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
Deutschland	2.36	(1)	(1)	(1)	(1)	(6)	(7)	(12)
Österreich	2.60	(2)	(5)	(7)	::	::	::	::
Frankreich	3.29	(8)	(12)	(11)	::	::	::	::
China	3.31	(9)	(8)	(8)	(12)	(10)	(10)	(1)

* 1 = sehr attraktiv ... 6 = nicht attraktiv

** Ohne westeuropäische Länder und China. Deren hypothetische Platzierung ist in Klammern angegeben.

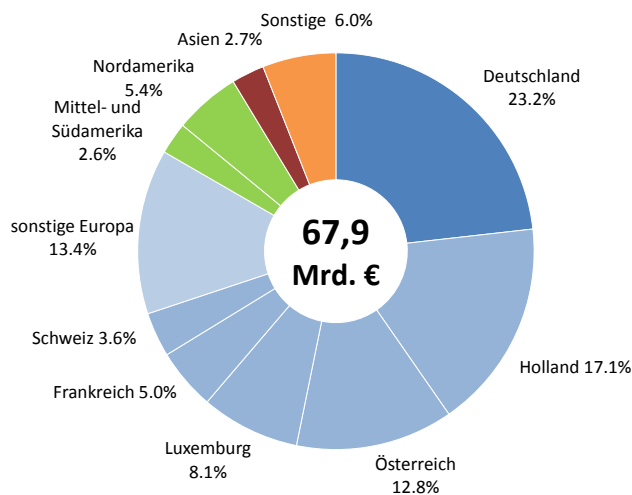
:: im betreffenden Jahr nicht abgefragt

Anhang B:

Direktinvestitionen in Ungarn

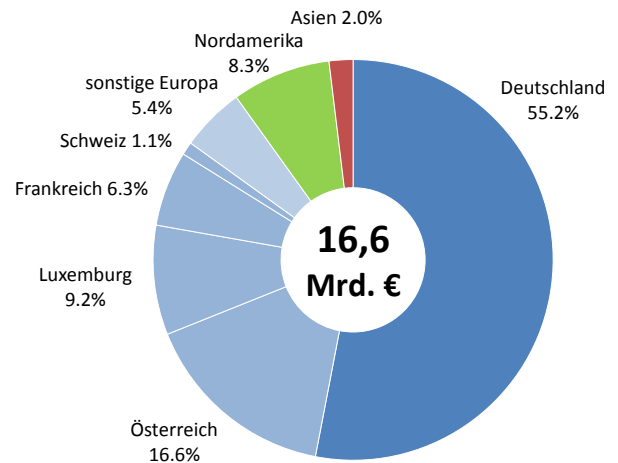
1. Ausländische Direktinvestitionen in Ungarn

Abb. 1: Ausländische Direktinvestitionen in Ungarn
Bestand am 31.12.2010 (Anteile in %)



Quelle: MNB

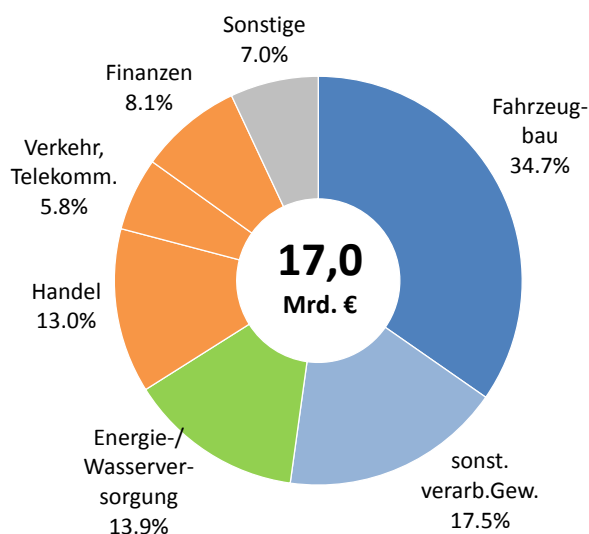
Abb. 2: Reinvestierte Gewinne ausländischer Investoren
Summe der Transaktionen 1999-2009 (Anteile in %)



Anmerkung: Die Werte für Holland, Mittel- und Südamerika und „Sonstige“ waren negativ.
Quelle: MNB

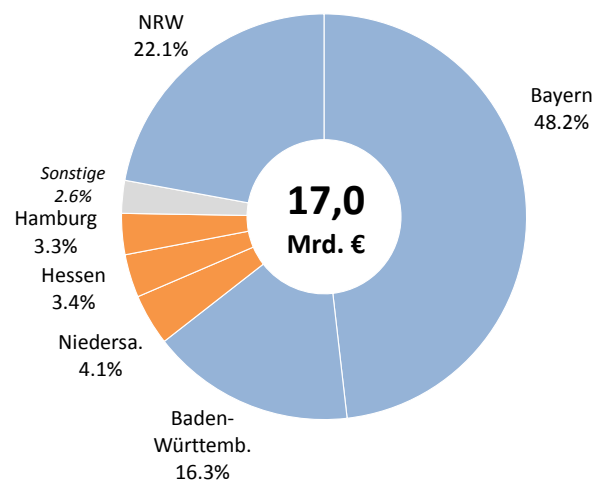
2. Deutsche Direktinvestitionen in Ungarn

Abb. 3: Deutsche Direktinvestitionen in Ungarn
Bestand nach Wirtschaftszweigen am 31.12.2009 (Anteile in %)



Quelle: Deutsche Bundesbank

Abb. 4: Deutsche Direktinvestitionen in Ungarn
Bestand nach Bundesland der Investoren am 31.12.2009 (Anteile in %)



Anhang C:

Methodische Hinweise

1. Befragungsform und –zeitraum

Befragungsform:

- » Die Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer (DUIHK) erstellt seit 1995 jährlich einen Konjunkturbericht.
- » Die Umfrage basiert auf einem schriftlichen Fragebogen. Die Standardfragen sind aus Gründen der Vergleichbarkeit seit 2005 unverändert.
- » Die Beantwortung erfolgt seit 2008 online.
- » Die Antworten werden anonymisiert ausgewertet.

Befragungszeitraum:

- » Die Umfrage fand vom 1. Februar – 2. März 2012 statt.

2. Teilnehmer

An der Umfrage 2012 beteiligten sich 196 Unternehmen.

- » Die Anzahl der Teilnehmer liegt etwas über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre.

Zusammensetzung der Teilnehmer

Die Zusammensetzung der Teilnehmer entspricht den Werten der Vorjahre, damit sind die Ergebnisse in hohem Maße mit früheren Umfragen vergleichbar:

- » Etwa ein Drittel der Firmen ist im verarbeitenden Gewerbe tätig, ein Viertel im Handel (vorwiegend Außenhandel). Der Anteil von Dienstleistungsfirmen ist mit 48 % nur leicht höher als in den Vorjahren.
- » Ähnlich wie in den vergangenen Jahren sind etwa vier von fünf Teilnehmern hinsichtlich der Mitarbeiterzahl kleine und mittelständische Unternehmen.
- » Etwa zwei Drittel der teilnehmenden Firmen sind überwiegend auf den ungarischen Binnenmarkt ausgerichtet (Exportanteil unter 40%), etwa ein Viertel ist stark exportorientiert (Exportanteil über 60%).

Teilnehmer nach Sitz der Muttergesellschaft:

- » Deutschland (Mitglieder der DUIHK): 59%
- » Österreich: 30%
- » andere EU-Länder: 12%

Teilnehmer nach Wirtschaftszweig

- » Bei der Angabe des Wirtschaftszweiges sind seit 2009 Mehrfachnennungen möglich, die Summe der Anteile kann daher größer als 100% sein. (2012 haben ca. 10% der Teilnehmer zwei oder mehr Wirtschaftszweige angegeben.)
- » Bei der Auswertung der Antworten nach Wirtschaftszweig wurden alle Unternehmen berücksichtigt, die den betreffenden Zweig angegeben haben. Aufgrund von Mehrfachnennungen kann der gewichtete Durchschnitt der Wirtschaftszweige vom Ergebnis „alle Firmen“ abweichen.

	Teilnehmer insgesamt	darunter			
		Industrie*	Bauwirtschaft	Handel	Dienstleistungen
Durchschnitt 1998-2008 **	166	39%		24%	36%
2009	143	32%	7%	19%	42%
2010	174	40%	7%	22%	43%
2011	144	34%	10%	22%	44%
2012	196	30%	8%	24%	48%

* verarbeitendes Gewerbe und Energie-, Gas- und Wasserversorgung

** keine Mehrfachnennungen möglich

Umfrageteilnehmer nach Beschäftigtenzahl

	Zahl der Beschäftigten			
	1-9	10-49	50-249	250 oder mehr
2009	31%	24%	30%	15%
2010	24%	24%	27%	26%
2011	29%	24%	24%	22%
2012	26%	31%	24%	19%

Umfrageteilnehmer nach Exportorientierung

	Anteil der Exporte am Gesamtumsatz in %				
	0-20	20-40	40-60	60-80	80-100
2009	52%	10%	10%	6%	22%
2010	47%	7%	9%	10%	27%
2011	53%	8%	5%	6%	28%
2012	52%	12%	9%	6%	20%

3. Statistische Begriffe und Verfahren

Genauigkeit:

- » Aufgrund der Stichprobe sind Unterschiede von 1-2 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr wie auch im Vergleich zwischen einzelnen Gruppen von Teilnehmern (z.B. Wirtschaftszweigen) nicht als signifikant anzusehen.
- » Bei Anteilen in % kann die Summe aufgrund von Rundungsdifferenzen von 100% abweichen.

Frage 1: „Saldo“

- » Bei Fragen mit Antwortoptionen des Typs „gut-befriedigend-schlecht“ oder „besser-unverändert-schlechter“ bezeichnet „Saldo“ die Differenz der Anteile (ausgedrückt in Prozent) von positiven und negativen Antworten. Der Saldo kann also theoretisch Werte zwischen -100 und +100 annehmen.
- » *Beispiel:* Haben 40% der Teilnehmer die Antwort „höher“ gegeben, 24% die Antwort „unverändert“ und 36% die Antwort „geringer“, so ergibt sich ein Saldo von $\{40-36\} = +4$.

Frage 2: „zufrieden/unzufrieden“

- » Bei Frage 2 standen jeweils 5 Antwortoptionen zur Auswahl:
1= sehr zufrieden / 2 = zufrieden / 3 = neutral / 4 = unzufrieden / 5 = sehr unzufrieden
- » Wenn nicht ausdrücklich anders angegeben, bedeutet im Text bzw. in Abbildungen „zufrieden“ die Summe von 1 (sehr zufrieden) und 2 (zufrieden), „unzufrieden“ bedeutet die Summe von 4 (unzufrieden) und 5 (sehr unzufrieden).

Durchschnitt:

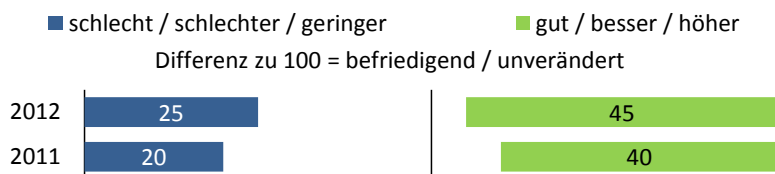
- » Wenn nicht anders angegeben, wird als Durchschnittswert das arithmetische Mittel bezeichnet.

4. Legenden zu den Abbildungen

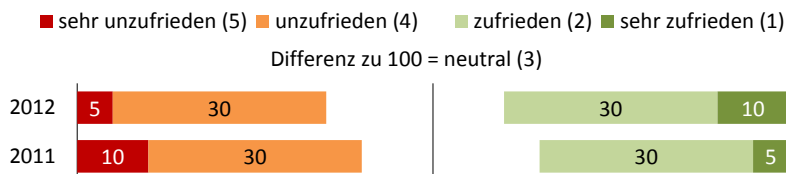
Zahlenwerte

- » Sofern nicht anders angegeben, bedeuten die in den Abbildungen angegebenen Werte den Anteil der jeweiligen Antwort-Option an der Gesamtzahl der abgegebenen Antworten in Prozent.

Legende zu den Fragen 1.1 – 1.14



Legende zu den Fragen 2.1 – 2.22



5. Länderabkürzungen

AL	Albanien	LT	Litauen
AT	Österreich	LV	Lettland
BA	Bosnien-Herzegowina	MK	Mazedonien
BG	Bulgarien	NM-12	Neue EU-Beitrittsstaaten 2004+2007
BY	Weißrussland	PL	Polen
CG	Montenegro	RO	Rumänien
CN	China	RS	Serbien
CZ	Tschechien	RU	Russland
DE	Deutschland	SI	Slowenien
EE	Estland	SK	Slowakei
FR	Frankreich	UA	Ukraine
HR	Kroatien	XK	Kosovo
HU	Ungarn		

Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer

Erfolgreich in Ungarn

Die Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer (DUIHK) ist mit etwa 900 Mitgliedsunternehmen der größte bilaterale Unternehmensverband in Ungarn. Sie wurde 1993 gegründet, ihr Ziel ist die Förderung der deutsch ungarischen Wirtschaftsbeziehungen. In ihren Zielen und Prinzipien – Bilateralität, parteipolitische Neutralität, Praxisorientierung – setzt sie die Traditionen der 1920 gegründeten Deutsch-Ungarischen Handelskammer fort.

Die DUIHK ist Plattform für direkte Unternehmenskontakte, bietet Firmen umfangreiche, praxisorientierte Dienstleistungen und Informationen und vertritt die Interessen ihrer Mitglieder in der Öffentlichkeit und im wirtschaftspolitischen Dialog.

Die wichtigsten Dienstleistungen der DUIHK:

- Markteinstiegs- und Standortberatung
- Geschäftspartnervermittlung
- Messeservices
- Rechtsberatung
- Wirtschaftsmediation
- Aus- und Weiterbildung
- Veranstaltungsmanagement
- Werbemöglichkeiten in Print- und Online-Medien

Als Teil eines weltweiten Netzes von 120 deutschen Auslandshandelskammern bietet die DUIHK Unternehmen beider Länder professionelle Unterstützung für ein erfolgreiches Auslandsgeschäft.



Deutsch-Ungarische
Industrie- und Handelskammer
Német-Magyar
Ipár és Kereskedelmi Kamara

H – 1024 Budapest, Lövház u. 30.

Telefon: (36) 1 345 7600

Fax: (36) 1 315 0744

E-mail: Info@ahkungarn.hu

www.duihk.hu